

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XVI/222 - 2. Oktober 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1	<u>Kleine Koalition</u> Zu den Verhandlungen CDU/CSU - FDP	46
2 - 3	<u>Weniger Stimmen als Mitglieder</u> Das Fiasko des Südschleswigschen Wählerverband (SSW)	49
3	<u>Cochem</u> Gedämpfter Hochmut der FDP	50
4	<u>Karl Ratz †</u> Ein Leben im Dienste der Demokratie	54
5 - 6	<u>Nichts Neues in Belgrads Deutschlandpolitik</u> Einseitige Definition des Rechts auf Selbstbestimmung Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	60

+ + +
+ +

Kleine Koalition

ler - Heute begannen die Gespräche zwischen der FDP und der CDU/CSU über die Bildung einer beide Gruppen umfassenden Koalitionsregierung, nachdem der FDP-Vorsitzende in der ersten Woche nach den Wahlen zum vierten Deutschen Bundestag dezidiert erklärt hatte, es komme für ihn und seine Partei kein anderer Weg in Frage. Der gleiche Mende hatte als Vorbedingung für den Eintritt in eine von der CDU geführte Regierung den Kopf des 65-jährigen Bundeskanzlers gefordert - eine Festlegung, die ihm innerhalb der eigenen Partei viel Verdruss eintrug und bei der CDU auf kalte Ablehnung stiess.

Eine Partei wird wohl in diesem Falle kapitulieren müssen und dies wird nicht die CDU sein. Sie steht geschlossen hinter dem alten Kanzler, sogar der Bundeswirtschaftsminister Erhard, erklärter Kanzlerkandidat der FDP, liess sich nicht auf ein für ihn gewiss nicht zu überschendes Abenteuer ein. Selbst massgebenden Teilnehmern der letzten Vorstandssitzung der FDP war die Marschroute nicht klar, die eingeschlagen werden soll. Das Wort von Unfall dieser Partei beherrscht seit Tagen die politischen Gespräche; mächtige Kräfte innerhalb der FDP schielen auf die Regierungsbänke und würden sogar eine vierte Kanzlerschaft Adenauers in Kauf nehmen.

Die Deutsche Sozialdemokratie sieht dem kommenden Geplänkel zwischen FDP und der CDU/CSU mit Ruhe und Gelassenheit entgegen. Was immer auch als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den beiden Parteien herauskommen mag, es wird der Lage nicht gerecht werden, in der wir uns als Volk seit dem folgenschweren 13. August befinden. Die aus den Wahlen zum vierten Deutschen Bundestag so verstärkt hervorgegangene Sozialdemokratie hat nichts von dem zurückzunehmen, was sie in Hannover als ihr Regierungsprogramm verkündete. Hauptpunkt dieses Programms ist das Gebot der Zusammenfassung aller nationalen und freiheitsbewussten Kräfte unseres Volkes. Die äussere Bedrängnis verbietet kleinteiligen Parteienstreit oder ein Feilschen um innenpolitische Machtpositionen. Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung bekommt die sozialdemokratische Forderung nach der Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration erhöhtes Gewicht. Was soll das Gerede der FDP, mit dem sie ihr Koalitionsangebot an die CDU/CSU begründet, über die Möglichkeit einer schwarz-roten Koalition? Mit diesen aus der Motenkiste vergangener Zeiten herausgeholtten Begriffen wird versucht, überlebte Ressentiments zu wecken und eine Lage zu kaschieren, die wahrhaftig zu ihrer Bewältigung anderes verlangt als taktisches Finessieren. Grosse Teile der FDP scheinen dies zu spüren, auch wenn sie in den nächsten Tagen und Wochen zu den Unterlegenen innerhalb der eigenen Partei zählen dürften.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, vorauszusagen, dass die beabsichtigte kleine Koalition, kommt sie zustande, nicht von langer Dauer sein wird. Die Rüstung, die sie trägt, und das Fundament, auf die sie steht, sind viel zu schwach und brüchig, um den kommenden Stürmen gewachsen zu sein.

+ + +

Weniger Stimmen als Mitglieder

kn. - Koch nie war der Katzenjammer bei dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW) nach einer Wahl so gross, wie es jetzt gegenwärtig nach dem katastrophalen Rückschlag bei der Bundestagswahl der Fall ist. Am 17. September wurden für die Partei der dänisch orientierten Minderheit im Norden Schleswig-Holsteins nur noch 25 444 Zweitstimmen abgegeben. Damit hat die Partei ihren tiefsten Stand nach 1945 erreicht. Sie hat die Zahl ihrer Stimmen, deren Normalstand politische Beobachter auf 30 000 bis 40 000 bei jeder Wahl für nunmehr eingependelt hielten, noch wieder recht erheblich unterschritten.

Die Minderheit war sich von vornherein darüber im klaren, dass sie bei der Bundestagswahl kein Direktmandat erhalten würde. Sie führte den Wahlkampf aber in der Zuversicht, mehr Stimmen zu erhalten, um bei den von ihr geplanten Besprechungen über eine "untraditionelle Vertretung" bei Bundestag und Bundesregierung eine gute Ausgangsposition zu bekommen. Ob diese Besprechungen mit dem Ziel, vielleicht einen nicht stimmberechtigten Vertreter im Bundeshaus und ein Minderheitenbüro bei der Bundesregierung zu erhalten, noch stattfinden werden, ist selbst für die Spitzenmänner des SSW fraglich geworden.

Aus den Reihen der Sozialdemokraten war dem SSW vor der Bundestagswahl nahegelegt worden, nicht für das Bundesparlament zu kandidieren, weil ja auch für die Minderheit die Sozial-, Wirtschafts-, Wehr- und Innenpolitik in Bonn gemacht werde. Der SSW hat diesen Hinweis weit von sich gewiesen. Die Flensburger Werftarbeiter vor allem aber haben diesmal in einem Masse wie nie zuvor sozialdemokratisch gewählt.

Im März finden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt und schon im September 1962 werden die Wahlen für das Landesparlament folgen. Selbstverständlich kann man hier dem SSW nicht anraten, auf eine Kandidatur zu verzichten. Es muss auch davon ausgegangen werden, dass der SSW bei den beiden bevorstehenden Wahlen wieder mehr als 25 000 Stimmen erhalten wird. Er hat dann die Chance, in die nördlichen Kreis- und Kommunalparlamente einzurücken und in der kommunalen Selbstverwaltung ein Wort mitzureden.

Allerdings wird er schon wieder erheblich an Stimmen anziehen müssen, um erneut mit zwei Abgeordneten in den schleswig-holsteinischen Landtag zu kommen. 25 000 Stimmen reichen nur für ein Mandat- und bei

all dem ist die Partei fairerweise von der Fünf-Prozent-Sperrklausel befreit worden. Hoffentlich nimmt der SSW aber aus dem verflochtenen Wahlkampf die Lehre mit, dass man den Schwerpunkt einer zum Teil sogar gehässigen Wahlkampfführung nicht wieder gegen die Sozialdemokraten richten sollte.

Das erklärte Fernziel des Südschleswigschen Wählerverbandes besteht darin, mit legalen Mitteln und auf dem Boden des Grundgesetzes stehend einmal einen Anschluss eines nördlichen Grenzstreifens an Dänemark zu erreichen. Sein Nahziel ist es, über eine geschickte und auch kluge dänische Kultur- und Volkstumspropaganda mit Hilfe von Schulen, Büchereien und sogar Kindergärten zu einem erheblichen Anwachsen seiner Mitglieder und Stimmen zu kommen. Diesem Ziel ist der SSW entfernter denn je. Er bekam bei der Bundestagswahl weniger Stimmen als er Mitglieder besitzt.

+ + +

Cocher

sp - Erwartungsgeräusch hat der CDU-Kandidat Gibbert den Wahlkreis 151, Cocher, zum vierten Male behalten, allerdings mit beträchtlichen Einbußen! Die deutsche Öffentlichkeit sah den Wahlausgang mit grossem Interesse entgegen, weil sie sich Aufschluss erhoffte über die Rückwirkungen des seit dem 17. September in Bonn begonnenen Tanzschens um die neue Regierung im vierten Deutschen Bundestag. Ernst Lemmer, der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, erhoffte sich von einem besseren Abschneiden für die CDU im Vergleich zu dem grossen Verlust dieser Partei am 17. September eine Erleichterung der Koalitionsverhandlungen.

Wie ist nun das Ergebnis zu werten? Die mit dem 17. September offenbar gewordene Tendenz hat sich fortgesetzt. Die Verluste der CDU in diesem Wahlkreis sind sogar prozentual etwas höher als der Prozentsatz auf Bundesebene. Die eigentliche Gewinnerin dieser Nachwahl ist die Deutsche Sozialdemokratie, auf deren Kandidaten fast 20 Prozent aller abgegebenen Stimmen entfielen - im Vergleich zu 1957 eine Steigerung von 5,5 Prozent, mehr also, als im Bundesdurchschnitt auf diese Partei als Gewinn entfielen. Dieser Erfolg ist umso beachtlicher, als bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag 1949 die SPD nur 11 Prozent auf sich vereinigen konnte. Seitdem ist ein ununterbrochener Aufstieg für diese Partei zu verzeichnen, ganz im Unterschied zu der FDP, die nach Rückschlägen nicht einmal bei dieser Wahl den Stand in Prozenten von 1949 erreichen konnte. Damals lag sie über, jetzt unter 20 Prozent. Wenn auf sie dennoch das Listenmandat entfiel, so verdankt sie es den Zufälligkeiten des Listewahlgesetzes, das derjenigen Partei das Mandat zuspricht, die auf Bundesebene über die meisten überzähligen Zweitstimmen verfügt.

Der Wahlkreis 151 ist einer der schwierigsten Wahlkreise für die SPD. Wenn sie bei dieser Nachwahl so überraschend gut abschneidet und über den Bundesdurchschnitt hinaus prozentual verstärkt hervorging, ist wohl darin eine Anerkennung der Wähler für die Haltung der SPD in nationalpolitischen Lebensfragen zu erblicken.

+ + +

Karl Ratz †

sp - Der Verlust, den die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein mit dem Tode des Landtags-Vizepräsidenten a.D. Karl Ratz erlitten hat, wird schwer zu überwinden sein. Jahrelange schwere Krankheit hielt diesen Politiker in der letzten Zeit vom politischen Getriebe fern, dennoch verfolgte er mit Anteilnahme das Geschehen. Manch wertvoller Rat begleitete seine vielen Freunde. Die Vorzüge seines Geistes, seines Charakters und seines Herzens gewannen ihm das Vertrauen aller Menschen, mit denen er in Berührung kam. "Wir sind damals (vor 1933) schon in Versammlungen aneinandergeraten und haben uns recht gut kennengelernt, er als Sozialdemokrat, ich als Deutschnationaler". So urteilte der Kieler Stadtrat Hartmann über Karl Ratz.

Wer Ratz in den Jahren kannte, in denen er als Präsident, später als Vizepräsident die Verhandlungen im Landtag von Schleswig-Holstein leitete, war beeindruckt von seiner Toleranz, seiner Bereitwilligkeit, auch den politischen Gegner und dessen Anschauungen zu würdigen. Ratz fand schon als junger Mensch in der Deutschen Sozialdemokratie seine politische Heimat; die Eindrücke, die er damals empfing, prägten seine Persönlichkeit und bestimmten seinen Lebensweg. Als Stadtverordneter von Kiel konnte er in der Zwischenkriegszeit wertvolle Erfahrungen sammeln. Obwohl Schwerkriegsbeschädigter, verschonten ihn die örtlichen Machthaber des Dritten Reiches nicht mit Verfolgungen. Das Ende des Krieges erlebte er als "Schutzhäftling" im berüchtigten Konzentrationslager; diese furchtbare Zeit verminderte nicht seine Fähigkeit, andere Menschen zu verstehen.

Nach 1945 stürzte sich Ratz, geistig und körperlich ungebrochen, wieder in die politische Arbeit. Seine Tätigkeit erstreckte sich auf viele Gebiete. Als Verlagsleiter der Kieler Volkszeitung legte er in schwierigster Zeit die Grundlage für ein Unternehmen, das alle Stürme überstand. Mit dem unvergesslichen, leider zu früh verstorbenen Kieler Oberbürgermeister Andreas Gajk verband ihn enge Freundschaft.

Der Bundespräsident zeichnete anlässlich des 60. Geburtstages diesen hochverdienten Mann mit dem Grossen Verdienstkreuz der Bundesrepublik aus. Diese Ehrung traf einen Würdigen. Sein Abgang erfüllt alle, die diesen lautereren Charakter kannten, mit tiefer Trauer.

Nichts Neues in Belgrads Deutschlandpolitik

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Es ist eine alte Praxis der jugoslawischen Presse, das Echo, das Reden und Erklärungen jugoslawischer Politiker im Ausland finden, sorgfältig zu verzeichnen. Eine ähnliche Registrierung nach der Rede des jugoslawischen Aussenministers Koca Popovic war somit nichts Ausserordentliches. Etwas ungewöhnlich war höchstens die diesmal sehr betonte Kritik an unvollständiger oder einseitiger Berichterstattung durch Nachrichtenagenturen, Radiostationen und Zeitungen in West und Ost.

Die sicherlich nicht unberechtigte Kritik bezog sich darauf, dass Ost und West aus der Rede die Teile herausnahmen, die ihren politischen Vorstellungen entsprachen. So konnten die hiesigen Zeitungsleser die etwas bestürzt klingende Version zur Kenntnis nehmen, einige bundesdeutsche Rundfunkstationen hätten ihren Hörern mitgeteilt, Popovic habe sich für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes eingesetzt. Allein diese Kritik beweist bereits, wie falsch eine solche Annahme wäre. Hat der jugoslawische Aussenminister dies auch wörtlich gesagt, so stand es jedoch nicht nur grammatisch, sondern noch stärker politisch in einem Nebensatz. Ihn zu einem Hauptsatz machen zu wollen, hiesse nur eine schön schillern-
de Seifenblase zu schaffen, die bei nächster Gelegenheit platzen müsste.

Aber selbst diese kurze Illusion, Belgrad habe seine Deutschlandpolitik geändert, ist durch nichts haltbar. In unserer Zeit ideologischer Begriffsverwirrung sollte es eigentlich nicht überraschen, dass öfter als gelegentlich dieselben Begriffe verwendet werden, ohne dass ihnen auch nur im entferntesten ein ähnlicher Inhalt zu geben versucht wird. Wenn also Belgrad nicht zum ersten Male von der Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk spricht, so bedeutet dies nach wie vor nicht die freie Entscheidung für das deutsche Volk über das von ihm gewünschte Regierungssystem oder gar die Wiedervereinigung. Denn wie Jugoslawiens Aussenminister unmissverständlich in der UNO bestätigte, bestehen nach Belgrads Meinung als Ergebnis des Krieges zwei deutsche Staaten. Was er nicht sagte, sollte trotzdem klar sein, dass in diesen beiden Staaten die Deutschen die Selbstbestimmung bezüglich des politischen und sozialen Systems bereits vollzogen haben. Etwas anderes zu erwarten,

hiesse, Titos kommunistisches System mit einer parlamentarischen Demokratie zu verwechseln.

Einen vielleicht neuen Ansatzpunkt in Belgrads Deutschlandpolitik könnte man höchstens darin sehen, dass Popovic vor der UNO diese ideologisch fundierten Auslegungen dazugehend ergänzte, das Recht der Selbstbestimmung des deutschen Volkes könne aktuell und real nur in der Perspektive und auf der Linie einer Demilitarisierung Deutschlands werden. Damit hat Belgrad einmal mehr indirekt zum Ausdruck gebracht, dass ihm seine als europäisch umschriebene Sicherheit wichtiger ist als eine unter westlich verstandenen Selbstbestimmungsprinzipien vollzogene Wiedervereinigung. Mag Belgrad auch geneigt sein, möglicherweise dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht über sein politisches System zuzubilligen, eine freie Bestimmung des zukünftigen militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands ist ihm undiskutabel.

Diese Tatsache zu übersehen, die nicht nur in Belgrad Anhänger hat, hiesse die Grundlagen der jugoslawischen Aussenpolitik misszu-
deuten. Der Aussenminister musste naturgemäss vor der Weltorganisation in der Wortwahl abgewogener sein als sein Staatschef auf der Konferenz der Blockfreien in Belgrad, wo man sich nicht nur wegen der Gastgeberbereitschaft in einer Führungsrolle wähnte, die man zur Bestimmung eines radikaleren Kurses nutzen wollte. Deswegen sollte die Verwendung solcher Begriffe wie Selbstbestimmung auch für die Deutschen, die diesmal erwähnten Rechte des Westens auf freien Zugang nach Westberlin und die schärfere Verurteilung der Wiederaufnahme der sowjetischen Atomtests ("die sowjetische Regierung übernimmt damit eine äusserst schwere Verantwortung"), trotzdem nicht aus ihrem dialektischen Zusammenhang gerissen werden. Und diese deuten einen Wechsel in der jugoslawischen Deutschlandpolitik keineswegs an.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler